Michael Baurmann/Anton Leist/Dieter Mans

Zum Programm einer kritischen Sozialwissenschaft – Empirie und Theorie*)

„... I cannot resist remarking that to synthesize analytical philosophy with Frankfurt School Marxism seems to me to be an attempt to tie two sinking ships together. At least the splash as they submerge should be bigger!

Sincerely yours,
Alasdair MacIntyre“

Abstract: The article argues for a synthesis between analytical philosophy and social sciences as relevant and necessary. The motivation and framework of such a synthesis is outlined on the basis of a critical social science. The authors illuminate such a perspective negatively in a critique of empirical and theoretical sociology, then positively in a clarification of the critical standpoint. Four theses, two under each aspect, are defended:

1. Concerning empirical social sciences

Neither the quantitative nor the qualitative paradigm of empirical social science is able to put forward adequate methods for social research. Instead, the development of *reconstructive methods* is proposed to combine the advantages and eliminate the disadvantages of the quantitative and qualitative paradigms.

2. Concerning theoretical sociology

Macrosociological theories tend to resist empirical corroboration. Pure theoretical and philosophical justification abounds instead. In this situation the *tools of analytic theory of science* are proposed in order to clarify the necessary steps towards a further development of theories, which can be empirically tested.

3. Concerning the critique of society

A critical social science must incorporate a theory of a just society in order to analyse social institutions in a normative way. In this context an *ethical realist* approach is offered which tries to fulfill two conditions for sociologically relevant normative reasonings: satisfaction of individual interests and the rational consensus of all persons concerned.

4. Concerning critique of ideology

The tools of analytic philosophy can be given new application by combining them with an analysis of interests under the title of critique of ideology.

*) Für Diskussion und Kritik danken wir: Norbert Froese, Nils Heicke, Hans Joas, Hartmut Kliemt, Wolfgang Köhler, Lothar Kuhlen, Arend Kulenkampff, Max Looser, Martin Löw-Beer und Gerald Morawe

1. Einleitung

1.1 Überblick

Das programmatische Ziel dieser Zeitschrift ist die Diskussion über eine kritische Sozialwissenschaft mit den Mitteln der analytischen Philosophie und Wissenschaftstheorie. Wir halten diese Verbindung nicht nur für möglich, sondern angesichts der Lage der Sozialwissenschaften auch für notwendig. Eine sich *kritisch* nennende Sozialwissenschaft, so ließe sich unser Plädoyer kurz resümieren, kann nicht ernst genommen werden, solange sie die verfügbaren Mittel formal-rationalen Denkens ignoriert, während umgekehrt die analytische Rationalität ohne Orientierung in einem normativen und empirisch gehaltvollen Bezugsrahmen entweder politisch folgenlos bleibt oder im Dienst beliebiger Zwecke konservative Betriebsamkeit entwickelt – jedenfalls nicht das ihr immanente Aufklärungspotential entfaltet.

Im folgenden wollen wir versuchen, dieses Programm zu begründen und zu konkretisieren. Der erste Teil unseres Beitrages besteht aus einer Einschätzung des Entwicklungsstandes der empirischen Sozialforschung und der theoretischen Soziologie. Hier soll deutlich werden, daß die Sozialwissenschaften ein Stadium erreicht haben, in dem eine Analyse mit wissenschaftstheoretischen Mitteln nicht nur hilfreich oder klärend wirkt, sondern für die Entwicklung einer adäquaten Methodologie und für die Vorbereitung vernünftiger Entscheidungen zwischen theoretischen Alternativen notwendig ist. Der zweite Teil – der in *Analyse & Kritik* 2/79 abgedruckt wird – soll der Klärung der Ziele und Methoden einer *kritischen* Sozialwissenschaft dienen. In diesem Zusammenhang wollen wir zeigen, daß zwei wesentliche Ziele einer kritischen Sozialwissenschaft – Gesellschaftskritik und Ideologiekritik – nur auf der Grundlage einer normativen Theorie der gerechten Gesellschaft und eines elaborierten Verfahrens der analytischen Sinnkritik erreicht werden können.

Die Ergebnisse unserer Überlegungen lassen sich in vier Punkten thesenhaft zusammenfassen:

1. Zur empirischen Sozialforschung

In der Methodologie der empirischen Sozialforschung stellen weder das quantitative noch das qualitative Paradigma adäquate Verfahren für die Analyse sozialwissenschaftlicher Daten bereit. Während das quantitative Paradigma seinem sinnhaft strukturierten Gegenstand nicht gerecht wird, verfehlt das qualitative minimale wissenschaftliche Objektivitätsanforderungen. Demgegenüber schlagen wir die *Entwicklung rekonstruktiver Methoden* vor, die einerseits spezifische Interpretationsleistungen gegenüber der sozialwissenschaftlichen Datenbasis erbringen, andererseits dem Anspruch genügen, intersubjektiv kontrollierbare Ergebnisse zu produzieren.

2. Zur theoretischen Soziologie

Die makrosoziologischen Theorien befinden sich auf einem Entwicklungsstand, der eine empirische Überprüfung und Bewährung dieser Theorien nicht zuläßt. Die meisten von ihnen haben noch nicht das Stadium erreicht, in dem eine Ableitung von empirischen Aussagen mit der nötigen Eindeutigkeit vorgenommen werden kann und damit eine Beurteilung des explanativen Gehalts einer Theorie möglich wird. In dieser Situation ist eine *wissenschaftstheoretische Analyse des Verhältnisses zwischen theoretischen und empirischen Aussagen* in den Sozialwissenschaften eine notwendige Voraussetzung für eine erfolgversprechende Weiterentwicklung makrosoziologischer Theorien. Bei der Wahl zwischen konkurrierenden Theorien müssen wissenschaftsexterne Kriterien im Vordergrund stehen.

3. Zur Gesellschaftskritik

Eine kritische Sozialwissenschaft muß über eine Theorie der gerechten Gesellschaft verfügen, wenn sie die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse nicht nur deskriptiv analysieren will. Zur Begründung einer solchen Theorie schlagen wir den Ansatz eines *ethischen Realismus* vor, in dem einerseits die faktischen Interessen der Individuen die Grundlage für eine rationale Anerkennung der Normen einer gerechten Gesellschaft sind, andererseits die Geltung dieser Normen von dem Konsens der betroffenen Personen abhängig sein soll.

4. Zur Ideologiekritik

Neben einer Kritik der Gesellschaft gehört zu den Zielen einer kritischen Sozialwissenschaft eine Kritik des falschen Bewußtseins. Wir wollen auf der Grundlage eines präzisierten Ideologiebegriffs zeigen, daß die Methode der Ideologiekritik in *Sinnkritik* und *Interessenanalyse* unterschieden werden kann. Durch sinnkritische Verfahren kann gezeigt werden, daß eine Auffassung von ideologischen Systemen als eine bloße Sammlung falscher Aussagen dem komplexen Charakter von Ideologien nicht gerecht wird.

Wir wollen in unserem Beitrag also an vier Punkten die Wichtigkeit einer Synthese zwischen dem politischen Engagement einer gesellschaftskritischen Sozialwissenschaft und der formal-rationalen Aufklärungstradition der analytischen Philosophie und Wissenschaftstheorie zeigen:

- Bei der Entwicklung einer rekonstruktiven Methodologie der empirischen Sozialforschung;
- bei der wissenschaftstheoretischen Analyse makrosoziologischer Theorien;
- bei der Begründung einer normativen Theorie der Gerechtigkeit als Grundlage einer gesellschaftskritischen Sozialwissenschaft und
- bei dem Einsatz sinnkritischer Methoden im Zusammenhang mit einer Ideologiekritik.

Die in unserem Programm vorgeschlagene Synthese wird indes bei politisch motivierten Sozialwissenschaftlern skeptisch aufgenommen werden, weil gegen die analytische Philosophie zahlreiche Vorbehalte bestehen.

1.2 Analytische Philosophie

Wenn kontinentale Philosophen oder Soziologen *die* analytische Philosophie kritisieren, dann geschieht das nicht selten als rhetorische Pflichtübung. Teils aus der Notwendigkeit heraus, gegenüber einer allein an Autorenzahl unübersehbaren, zudem thematisch vielgestaltigen und entwicklungsstarken Position eine vereinfachende und repräsentative Auswahl treffen zu müssen, teils aber auch aus der Überzeugung heraus, die analytische Philosophie lasse sich durch eine Reihe von Dogmen einheitlich kennzeichnen, bleibt die bekannte Kritik wenig aktuell und sachhaltig. Entweder richtet sie sich gegen die am einfachsten zu widerlegenden und auch am stimmigsten in ein Zerrbild des Empirismus passenden Ansätze des Wiener Kreises, insbesondere des frühen Carnap, manchmal sogar Machs, oder man durchläuft, wie die bundesdeutsche Soziologie, immer wieder den breit ausgewalzten Trampelpfad einer Kritik an Popper und dem Kritischen Rationalismus. Diese Art der Kritik hat sich so weitgehend zum anerkannten Ritual entwickelt, daß überhaupt keine Begründungen mehr nötig sind, warum denn der frühe Carnap stellvertretend für das gegenwärtige analytische Verständnis wissenschaftlicher Erkenntnis sein soll oder warum Poppers (oder gar Topitschs) Konservativismus der ganzen analytischen Philosophie ein schlechtes politisches Zeugnis ausstellt. Angesprochen auf etwas aktuellere oder repräsentativere Tendenzen läßt sich auch das aufmunternd gedachte Urteil hören, in der Gestalt von Autoren wie Kuhn, Toulmin und Feyerabend habe die analytische Philosophie endlich genug aus ihren eigenen Fehlern gelernt, um sich allmählich aus ihren Ketten zu befreien und sich dem allgemeinen Stand der Entwicklung anzupassen. „Endlich“, kann man z.B. hören, „beginnt die analytische Philosophie historisch zu denken“.

Man könnte einwenden, daß diese Ignoranz vielleicht für den Positivismusstreit zuträfe, nicht aber für spätere Auseinandersetzungen mit der analytischen Philosophie. Tatsächlich hat sich das Verständnis der analytischen Philosophie seit jenen Tagen bei Sozialwissenschaftlern nicht wesentlich verändert, wenngleich es inzwischen in unserem Land mehr analytische Philosophen oder Wissenschaftler gibt, die sich stark an der analytischen Philosophie orientieren – und das auch im Bereich der Sozialwissenschaften. Damit lebt aber die wechselseitige Isolation von Vertretern zweier Disziplinen mit unvereinbar scheinenden Interessen und Denkweisen fort. Besonders deutlich ist die dogmatisierte Abgrenzung im Fall des Marxismus, der durch pauschale Ideologievorwürfe ebenso seine sachliche Hilflosigkeit gegenüber dem analytischen Denken dokumentiert, wie umgekehrt die in den Dienst des Kalten Krieges genommenen Tiraden Poppers oder der Vorwurf der „semantischen Umweltverschmutzung“ Stegmüllers auf der Stufe ignoranter Abwehr verbleiben. Obwohl das Dogma der Unvereinbarkeit von analytischem und ge-

sellschaftskritischem Denken beiderseitig tief verwurzelt ist, halten wir es der Sache nach für ungerechtfertigt. *Der Sache nach* heißt: unberechtigt gemessen an einem Begriff der Aufklärung, der sich nicht in eine *formale* und eine *gesellschaftskritische* Rationalität aufspalten läßt. Frühere Argumente gegen analytische Philosophie, auch gerade von Seiten der Kritischen Theorie, waren mit ihrem Gegenstand schnell fertig, indem sie ihn unter dem Etikett einer instrumentellen Vernunft in die Ecke stellten. Doch ist die Konstruktion ausschließlicher Alternativen von instrumentellem und kritischem, formalem und inhaltlichem, wissenschaftlichem und politischem Denken zu einfach, um selbst eine radikale Strömung wie den Logischen Positivismus einzuordnen, ohne ihm Gewalt anzutun. Wollte man die Unterscheidung formaler und gesellschaftskritischer Rationalität auf Aufklärungsbewegungen zurückprojizieren, so käme man ebenfalls nicht ohne starke Verzeichnung aus. Die bürgerliche Aufklärung hat ebenso dezidiert anti-klerikale und -feudalistische Gesellschaftsmodelle entwickelt, wie umgekehrt der Sozialismus von Marx und Engels sich als Aufstieg von der Utopie zur Wissenschaft verstand. Ganz abgesehen von der mangelnden historischen Triftigkeit solcher Etiketten ist außerdem zweifelhaft, wie trennscharf sie begrifflich sind oder sein können. Wenn es auch in weiten Bereichen der Sozialwissenschaften die Tendenz gibt, in solchen Dichotomien zu denken und sich einzelne Autoren als typische Vertreter der einen oder anderen Richtung verstehen mögen, so scheint es doch unmöglich, sich ein gesellschaftskritisches Denken vorzustellen, das nicht einen bestimmten Grad formaler Differenziertheit erreicht und damit formale Rationalität voraussetzt. Auf der anderen Seite bietet ein sprachliches und argumentatives Präzisionsbewußtsein die Grundlage für wirkungsvolle Kritik, auch gerade von gesellschaftlichen Ideologien, deren Existenz ebenso an verworrene Argumente wie an manifeste Interessen gebunden ist.

Wenn wir es nicht für fruchtbar halten, die Diskussion unter pauschalisierenden Prädikaten fortzuführen, so darf das nicht bereits als Apologie der analytischen Philosophie verstanden werden. Unser Programm einer Verknüpfung von analytischer Philosophie und Sozialwissenschaft wäre dann wenig aussichtsreich, wenn man es als die Verbindung zweier hermetisch voneinander getrennter Blöcke betrachten müßte. Tatsächlich findet das Interesse an einer kritischen Sozialwissenschaft in beiden Positionen ebenso zahlreiche Anknüpfungspunkte wie Konfliktstoffe. Der erste Schritt auf diesem Weg wird darin bestehen müssen, auf der einen Seite den Sozialwissenschaftlern deutlicher zu machen, welches Interesse sie an einer verstärkten Kenntnisnahme analytischer Mittel haben könnten, auf der anderen Seite, in eine differenziertere Rezeption der analytischen Philosophie einzuleiten, die ihre Stärken und Schwächen ausgewogen beurteilt. Dabei soll gerade vermieden werden, daß mehr oder weniger berechtigte, in vielen Fällen oberflächliche und dogmatisierte Einwände gegen die analytische Philosophie zur Rechtfertigung dienen, sie in Bausch und Bogen zu verwerfen und ihr beachtliches Klärungspotential ungenutzt zu lassen.

Unter Sozialwissenschaftlern häufig umstritten sind weniger die analytischen Methoden im engeren Sinn (wie Logik, Definitionslehre, Entscheidungstheorie) als

vielmehr für die angelsächsische Tradition typische Gedankenfiguren wie die Sein-Sollens-Unterscheidung, die Unterscheidung von Entstehungs- und Rechtfertigungsbereich, das Hempel-Oppenheim-Modell der Erklärung, das teleologische Handlungsmodell, das Kontraktmodell in der Ethik usw. Sie haben nicht denselben universalen Geltungscharakter wie logische Prinzipien, sondern sind historisch kontingente Konstruktionen, in denen viel häufiger bestimmte Vorstellungen vom Menschen und seiner Gesellschaft zum Ausdruck kommen, als es analytische Philosophen selbst wahrhaben wollen, wenn sie sich als Vertreter einer „angewandten Logik“ verstehen. Die in einem solchen Selbstverständnis ablesbare sozialwissenschaftliche Naivität, eine sich in drastischer Betriebsblindheit in Details verrennende Differenzierungswut bei gleichzeitiger Unbekümmertheit gegenüber der externen Relevanz ihrer Problemlösungen, die Scholastik der Diskussionsspalten in analytischen Zeitschriften – das sind Eindrücke, in denen sich der Ideologieverdacht gegenüber den Ecksteinen des analytischen Denkens zusätzlich zu bestätigen scheint.

Eine solche, unter Sozialwissenschaftlern häufig verbreitete Einschätzung ist darin berechtigt, daß die analytische Philosophie in zu hohem Maß eigene Problemtraditionen fortspinnt, ohne deren Wichtigkeit praktisch bewerten oder auch nur innerhalb eines umfassenderen theoretischen Zusammenhangs systematisieren zu können. Aus diesem Grund sehen wir gerade eine Chance, einigen Disziplinen der analytischen Philosophie zu größerer Empirienähe zu verhelfen, indem wir sie an den aktuellen Erfordernissen der Sozialwissenschaften orientieren. Andererseits ist ein pauschaler Ideologievorwurf der gegenwärtigen analytischen Philosophie ebenso wenig angemessen wie er begründen kann, warum deren Bastion links liegen zu lassen ist, statt eingenommen zu werden.

Man kann dem genannten Vorwurf auch in etwas differenzierteren Formen begegnen: etwa, wenn es heißt, die analytische Philosophie habe einen empiristischen Erfahrungsbegriff; die normalsprachliche logische Analyse passe die Philosophie dem Alltagsverstand an, während die idealsprachliche sie als Metaphysik auflösen wollte; das praktische Denken werde sinnkritisch, aus den Wissenschaften verwiesen. Gelten diese Vorwürfe schon gegenüber dem Logischen Positivismus und der normalsprachlichen Bewegung während der 50er Jahre nicht ohne Abstriche, so sind sie heute nur irreführend. Wie irreführend, wird man freilich nur einsehen, wenn man die Vielfalt an Vorschlägen, Modellen und Diskussionen kennt, die Analytiker zur Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie, zur Sprachanalyse und zum praktischen Denken, genauer zur Ethik, Rechts- und Staatstheorie, erarbeitet haben. Wenn sich einige klassische Einwände gegenüber der analytischen Philosophie im Hinblick auf diese Bereiche auch mit Sicherheit differenzierter erneuern lassen, so sollte Sozialwissenschaftlern doch klar sein, daß die Positionen der analytischen Philosophie in ihrer Elaboriertheit in aller Regel alternativelos sind.

Im folgenden soll die Nützlichkeit analytischer Methoden zunächst anhand einer Kritik an der empirischen Sozialforschung und der theoretischen Soziologie gezeigt werden.

2. Empirische Sozialforschung

2.1. Quantitative Methoden

Die empirische Sozialforschung hat sich heute an den meisten Universitäten etabliert. Zwar sehen noch immer viele in der theoretischen Soziologie die eigentlich erkenntnisbringende Disziplin, im Verhältnis zu der empirische Sozialforschung wie ein notwendiges Übel erscheint, aber gleichwohl ist es schwieriger geworden, durch den schlichten Verweis auf den vermeintlich bürgerlichen Charakter der Disziplin und ihre affirmativen Vorgehensweisen sich einer Auseinandersetzung mit ihren Methoden zu entziehen. Empirisch arbeitende Soziologen als Fliegenbeinzähler abzuqualifizieren wird mehr und mehr von einem beifällig aufgenommenen Modeurteil zu einem Nachweis der Inkompetenz des Urteilenden selbst.

Daß der Trend zur empirischen Sozialforschung in den nächsten Jahren noch zunehmen wird, darf als gesichert gelten. Denn durch die Implementierung benutzerfreundlicher Datenanalysepakete und entsprechende Studienangebote wird die Verwendung selbst kompliziertester Datenanalyseprogramme auch für den mathematisch und EDV-technisch nicht versierten Soziologen zu einer praktischen Banalität.

Aber der Einsatz von Großrechenanlagen und EDV-Paketen und die begleitenden curricularen Maßnahmen haben nicht der empirischen Sozialforschung schlechthin zu einem Aufschwung verholfen, sondern einen speziellen Zweig, eben die statistischen Analysestrategien, ungemein begünstigt. Die quantifizierte Auswertung feiert geradezu Triumphe: Dürfte man den Reifegrad einer Disziplin an dem Volumen der von ihr produzierten Datenmenge messen, dann wäre der empirischen Sozialforschung eine hervorragende Stellung gewiß, denn nur in wenigen Disziplinen werden solche Datenmengen produziert, analysiert und reanalysiert. Leider stehen die Resultate in einem sehr bescheidenen Verhältnis zu dem betriebenen Aufwand und der vergeudeten Rechenzeit. Denn eine Menge von Daten ist eben noch nicht eine Menge von Einsichten – sprich zutreffenden Erklärungen –, und es scheint, als würde es nicht gelingen, durch zunehmende Datenanalysen zu besseren theoretischen Deutungen zu gelangen. Daß Daten allein noch keine Erklärungen liefern können, ist gewiß eine methodische Trivialität; nicht trivial hingegen sind die Gründe, warum die hochgezuchteten Datenanalysemethoden nicht greifen und ihr Einsatz wissenschaftlich wenig produktiv bleibt. Dafür könnten kontingente Gründe sprechen, aber eine genauere Analyse ergibt ein weitaus unerfreulicheres Bild. Der zunehmende Einsatz von komplexen statistischen Analysemethoden markiert einen Irrweg der empirischen Sozialforschung. Motiv für den Einsatz von Methoden ist nicht der kognitive Gewinn, sondern die Zunahmen an Reputation, was leicht erklärbar ist, weil mit zunehmender Komplexität der Verfahren die Zahl der Wissenschaftler, die sie en detail verstehen und somit ihre Relevanz abschätzen können, zunehmend kleiner wird. Da andererseits der Einsatz solcher Verfahren unter Empirikern als Nachweis besonderer Fähigkeit gilt, mögen sich nur wenige dem Zwang entziehen, Verfahren auch dann einzusetzen, wenn es dafür keine guten Gründe gibt.

Wir möchten diese Einschätzung statistischer Forschungsstrategien begründen, indem wir erst deren Entwicklung und dann einige der Forschungsschritte diskutieren, die der statistischen Analyse vorhergehen. Man kann die Mehrzahl der Datenanalyseverfahren in eine der drei folgenden Kategorien einordnen:

- (a) metrische Verfahren,
- (b) Verfahren zur Gewinnung metrischer Daten aus nicht-metrischen,
- (c) nicht-metrische Verfahren.

Typische Beispiele wären *Pfadanalyse* (a), *conjoined measurement* (b), *log-lineare Modelle* (c). Nun gibt es in der Soziologie, sieht man von sozialstrukturellen Daten ab, nur selten metrische Daten; auf zentralen Gebieten wie der Einstellungs- und Bewußtseinsforschung, wie überhaupt der Analyse symbolischen Materials, kommen metrische Daten praktisch nicht vor. Trotzdem gelten vielen Datenanalytikern gerade die metrischen Analysestrategien als besonders erstrebenswert, weil damit Modelle getestet werden können, die bei nicht-metrischen Verfahren nicht testbar sind. Die praktische Konsequenz ist eine Analyse selbst nominalskalierten Daten mit metrischen Verfahren und vor allem ein blindes Vertrauen darauf, daß ein gutes Resultat rückwirkend die fehlerhafte Verwendung unangebrachter Methoden rechtfertige.

Dabei kann man mit Theorien fundamentalen Messens leicht zeigen, daß und warum die Daten nicht auf dem unterstellten Meßniveau liegen und zudem häufig den erforderlichen Verteilungsmaßnahmen nicht genügen. Darüber hinaus ist die Skalierungsanalyse eines Meßprozesses so lange nicht sinnvoll, wie Validitätsprobleme ungelöst bleiben. Auf das damit bezeichnete Defizit werden wir später eingehen.

Die methodische Konsequenz aus dieser Einsicht ist eindeutig: Daten dürfen nur auf einem analytischen Niveau behandelt werden, das durch das Meßniveau legitimiert wird. Metrische Auswertungen nicht-metrischer Daten können bestenfalls zufällig zu korrekten Resultaten führen. Sie stellen zudem eine Irreführung des zu- meist statistisch nicht versierten Lesers dar, weil er ja nicht beurteilen kann, ob die gezogenen Schlußfolgerungen legitim sind.

Freilich fehlt es nicht an Versuchen, den permanenten Mißbrauch metrischer Datenanalyseverfahren als methodisch gerechtfertigt auszugeben. Man verweist dann auf (angebliche) Parallelbeispiele aus Physik und anderen Disziplinen, mit denen gezeigt werden soll, warum eine strikte Beachtung methodischer Regeln den wissenschaftlichen Fortschritt hemmt. Das eine Argument läuft darauf hinaus, es gehe in der Soziologie wie in anderen Disziplinen um quantitative Gesetze und die könne man z.B. auch finden, wenn man erst einmal *unterstellt*, die Daten seien quantitativ, um durch den weiteren Gang der Forschung diese Annahme zu bestätigen. Zwar hat dieses Argument einen richtigen Kern, weil das Auffinden von Gesetzen tatsächlich einen Verstoß gegen die oben genannte Regel – Meßniveau legitimiert Analyseverfahren – rechtfertigen würde; aber unsinnig ist die Unterstellung, in der Soziologie würde der ständige Mißbrauch tatsächlich der Bestimmung numerischer Gesetze dienen. Bisher wurden solche Gesetze nicht gefunden, und es gibt auch keinen plausiblen Grund dafür, warum sie existieren sollten.

Während es sich hierbei immerhin noch um ein irreführendes, aber grundsätzlich korrektes Argument handelt, ist das zweite Argument zur Rechtfertigung des Mißbrauchs metrischer Verfahren bizarr. Es geht von der hohen Korrelation metrischer und nicht-metrischer Korrelationskoeffizienten aus und leitet daraus eine Rechtfertigung für den Einsatz metrischer Verfahren ab. Genauso intelligent wäre der Vorschlag, Kopfschmerzen zu kurieren, indem man den Kopf 15 Minuten in lauwarmes Salzwasser hält, nur weil man mit dieser Behandlungsmethode bei ähnlich intensiven Fußschmerzen gute Erfahrungen gemacht hat. Die Kritik an der metrischen Analyse nicht-metrischer Daten geht doch davon aus, daß in dem Analyseprozeß numerische Operationen vorgenommen werden, die auf dem vorliegenden Datenniveau sinnlos sind; die numerische Größe von Zahlen ist für das Argument unerheblich.

Nicht besser ist es um Verfahren wie conjoined measurement oder multidimensio-

Nicht besser ist es um Verfahren wie conjoined measurement oder mutidimensionale Skalierung bestellt, durch die aus ordinalen Daten metrische gewonnen werden. Da die metrische Struktur nur dann analytisch extrahiert werden kann, wenn sie bereits vorher in den Daten angelegt ist, weil man ansonsten über eine willkürliche Zahlenzuordnung nicht hinauskommt, sind die Voraussetzungen für die Daten ähnlich wie im letzten Fall. Die technische Überprüfung ist allerdings etwas komplexer, weil die entsprechenden Axiomensysteme in der Theorie fundamentalen Messens komplizierter sind. Nimmt man die Überprüfung vor, dann zeigt sich, wie wenig fundiert die Anwendungen von Metrisierungsverfahren sind, denn die entsprechenden Axiome sind noch nicht einmal näherungsweise erfüllt.

Dennoch sprechen gegen den Einsatz von Metrisierungsverfahren noch stärkere Argumente als gegen den Einsatz metrischer Verfahren, weil letztere bei metrischen Daten problemlos anwendbar sind, während es bei ersteren eines relativ komplizierteren Überprüfungsverfahrens (das im Regelfall negativ ausgehen wird) bedarf, um über das Vorliegen der Anwendungsbedingungen entscheiden zu können. Dem bescheidenen Nutzen solcher Verfahren steht das wesentlich größere Risiko einer Fehlanwendung gegenüber, so daß nicht zu sehen ist, worin der datenanalytische Sinn des Einsatzes solcher Methoden bestehen sollte.

Bei Verfahren, die Daten auf dem tatsächlich erreichten Meßniveaus auswerten, greifen die bisher vorgebrachten Argumente nicht. Dafür ergeben sich erhebliche Interpretationsprobleme, die wir an dem Beispiel der multivariaten Auswertung nominalskalierten Daten deutlich machen wollen. Diese Verfahren sollen die Effekte von unabhängigen Variablen auf eine oder mehrere Zielvariablen bestimmen. Dafür gibt es inzwischen eine Reihe von Verfahren, die von der Partialtabellenanalyse Lazarsfelds über log-lineare Modelle bis hin zu informationstheoretischen Ansätzen reichen. Durch geeignete Schätzverfahren läßt sich dazu bei neueren Ansätzen beispielsweise berechnen, wie gut ein kausales Modell zu den Daten paßt. Ist die gefundene Anpassung hinreichend, so wird man davon sprechen, es lägen bestimmte Wirkungen vor, z. B. Interaktionen verschiedener Variablen etc.

Bei der Beurteilung der datenanalytischen Nützlichkeit der Verfahren muß strikt unterschieden werden, ob ein berechneter Effekt im Lichte des Verfahrens „Inter-

aktion“ genannt werden soll oder ob man gute Gründe dafür hat, das Vorliegen einer Interaktion anzunehmen. Im ersten Fall handelt es sich ersichtlich *nicht* um eine *Datenanalyse*, sondern um eine *Parameteraufgabe*. Gerade bei den als fortschrittlich geltenden Methoden für die multivariate Analyse nominalskalierten Daten übernimmt man den Jargon einer kausalen Sprache, ohne dabei über die notwendigen kausalanalytischen Argumente zu verfügen. Daß man in der Literatur dafür keine akzeptablen Argumente findet, ist nicht zufällig. Denn wegen der im allgemeinen hohen Anzahl von Möglichkeiten, eine vorliegende multidimensionale Kontingenztafel bei einem vorgegebenen Anpassungsgrad in Effekte zu zerlegen, hat jedes einzelne Modell nur eine Zufallschance auf Realitätsadäquatheit.

Gleichwohl wird von kausalen Effekten in einer Weise gesprochen, daß zumindest bei denjenigen, die die Logik der Kausalanalyse und des statistischen Modells nicht kennen, der Eindruck entstehen muß, es handele sich um empirisch vorfindliche kausale Phänomene und nicht nur um eine höchst irreführende Redeweise. Während man bei den beiden zuvor diskutierten Gruppen von Verfahren immerhin noch Bedingungen angeben kann (wenngleich sehr restriktive), unter denen diese Verfahren wenigstens in einem technischen Kontext eingesetzt werden können, scheint das bei multivariaten Methoden für die Analyse multidimensionaler Kontingenztabellen schwierig zu sein, jedenfalls dann, wenn es um die Bestimmung von kausalen Effekten geht. Denn nur in speziellen Fällen – beispielsweise dann, wenn man weiß, wie die Tabelle *ohne* kausale Effekte aussähe *und* wenn die Abweichungen von dieser Tabelle eine bestimmte Struktur haben – ist eine einigermaßen verlässliche Bestimmung kausaler Effekte möglich.

Während die Fehlanwendungen höherer multivariater Methoden immerhin noch durch ihre Komplexität, Entstehungsgeschichte und Anwendungsbedingungen verstehbar sind, ist die Analysestrategie bei uni- und bivariaten Verteilungen schwer verständlich. So gehört die Lehre von diversen Kennzahlen für die uni- und bivariaten Verteilungen noch immer zum Grundbestand sehr vieler einführender Texte in die Statistik für Sozialwissenschaftler und man darf befürchten, daß die meisten Einführungsveranstaltungen für Statistiker sich stofflich daran orientieren.

Die Selbstverständlichkeit, mit der dieser Gemischtwarenladen statistischer Trivialkenntnisse präsentiert wird, steht in einem eigentümlichen Gegensatz zu seiner methodischen Unfundiertheit. Als einziges Argument wird die Notwendigkeit einer Informationsreduktion angeboten, die man eben dadurch erreiche, daß man die uni- oder bivariaten Zusammenhänge in einer einzigen Zahl ausdrücke. Das aber ist deshalb falsch, weil von extremen Fällen von Verteilungen, die auf sehr vielen Kategorien beruhen, einmal abgesehen, die Kenntnis der ganzen Verteilung eine Reihe von nützlichen Informationen enthält, die durch die Kennziffern unterschlagen werden. Die uni- und bivariate Datenanalyse, wie sie gegenwärtig praktiziert wird, ist deshalb eine glänzende Vorbereitung für die Verwendung multivariater Verfahren. Man schiebt den formalen Aspekt vor den inhaltlichen, macht dabei einfache und auch für den statistischen Laien überschaubare Zusammenhänge unverständlich und verdeckt durch diese „Verwissenschaftlichung“ die inhaltliche Bedeutungslosigkeit der

Analyse. Die Rechtfertigung liegt dann bei Spezialisten (eben Statistikern), und durch diese Immunisierung wird Kritik äußerst schwierig, weil dem Kritiker leicht statistische Ignoranz nachgesagt werden kann. Hat er sich aber erst einmal dem Initiationsritual unterzogen, so wird er kaum an dem Ast sägen, auf dem er dann sitzt.

Damit keine Mißverständnisse entstehen: Wir plädieren keineswegs für eine Abschaffung sozialwissenschaftlicher Statistik. Aber wir glauben, daß die Relevanz der Statistik in Lehre und Forschung auf jenes Ausmaß reduziert werden muß, das sich aus den sinnvollen Anwendungsmöglichkeiten dieser Disziplin ergibt. Zu finden ist eine dem Datenniveau angemessene Verwendung statistischer Techniken und vor allem eine Entwicklung von realitätsadäquaten Modellen, die substantielle Interpretationen erlauben und dadurch mehr sind als eine formale Spielerei mit Zahlen.

Das Mißliche an der Expansion statistisch orientierter Forschungsstrategien ist ja nicht nur die begriffslose und wissenschaftlich unproduktive Verwendung bestimmter Techniken, sondern auch die Ausrichtung der Erhebungsmethodik an dem Ziel einer möglichen statistischen Analyse. Dadurch werden so wichtige und zentrale Fragen wie die der Validität von sozialwissenschaftlichen Meßprozessen entweder gar nicht mehr gestellt oder auf banale Weise beantwortet: Intelligenz ist das, was der Intelligenztest mißt. Wer nach Methoden zur Bearbeitung eines bestimmten Problems fragt, bekommt als Antwort ein Sammelsurium der unterschiedlichsten Verfahrensweisen angeboten. Das reicht von Fragebogen mit geschlossenen Fragen bis hin zu dezidiert „antimethodischen Methoden“ wie der Aktionsforschung. Die Existenz verschiedener Methoden wäre durchaus begrüßenswert, wenn es genau möglich wäre, anzugeben, welche Methoden für welche Fragestellungen geeignet sind, und wenn vor allem ohne Dezisionismus begründet werden könnte, worin die spezielle Eignung einer Methode besteht.

Das aber ist genau nicht der Fall. Zwar gibt es eine Reihe stringenter Hinweise auf die mangelnde Validität einzelner Untersuchungen und Verfahren, aber eine theoretisch befriedigende Deutung fehlt: Man reicht inhaltsarme Definitionen durch Generationen von Lehrbüchern weiter, ohne deutlich zu machen, welche praktischen oder theoretischen Systematisierungsleistungen erfüllt sein müssen, damit man von einer theoretischen Variablen sagen kann, sie sei valide gemessen. An die Stelle geeigneter theoretischer Untersuchungen tritt eine hilflose Aneinanderreihung der unterschiedlichsten Meßverfahren. Dabei mißtrauen Sozialwissenschaftler selbst „wohlerprobten“ Verfahren wie der Konstruktion von Skalen zur Einstellungsmessung so sehr, daß nur die wenigsten eine zwei- oder mehrfache Verwendung finden. Wenn sie nicht a priori das Ziel haben, nur solche Methoden als wissenschaftlich zuzulassen, die die Erzeugung maschinengerechter Daten ermöglichen, dann erscheinen standardisierte Methoden auf eine eigentümliche Weise zwanghaft: Denn sie dienen – sofern wir uns auf den Fall der Einstellungs- und Bewußtseinsforschung beschränken – doch „nur“ der wissenschaftlich fundierten Erkundung von Einstellungen, die wir ohnehin Tag und Nacht als nichtwissenschaftlich Handelnde herausfinden können müssen.

Wenn man von solchen Alltagsmethoden abweicht, dann kann es dafür (von pragmatischen Erwägungen abgesehen) nur eine Rechtfertigung geben, nämlich die Überlegenheit der wissenschaftlichen Methode über die des Alltags. Während in anderen Disziplinen der Ablösungsprozeß erfolgreich vollzogen wurde – formale Sprachen sind präziser als natürliche Sprachen, technisierte Meßverfahren sind genauer als die des Alltags –, führte der Ablösungsprozeß in den Sozialwissenschaften zu dem umgekehrten Resultat: die sog. wissenschaftlichen, durch eine unverständliche Fachterminologie eingekleideten Methoden sind denen des Alltags noch nicht einmal gleichwertig! Jeder weiß über die politische Einstellung von Freunden und Bekannten besser Bescheid, als es ein Sozialwissenschaftler mit der Fragebogenmethode je herausfinden könnte. Ja man kann noch einen Schritt weitergehen: Wenn die Fähigkeit zur sozialen Einschätzung anderer so restringiert wäre, wie das bei Fragebogenresultaten der Fall ist, dann wäre sinnvolles, auf Reziprozität angewiesenes soziales Handeln unmöglich.

Gewöhnlich kontert man solche Argumente mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit des Einsatzes billiger und intersubjektiv kontrollierbarer Erhebungsinstrumente, aber richtig ist doch auch, daß der Zwang zur Quantifizierung und die Förderung *aller* Methoden, die eine schnelle, computergestützte Auswertung gestatten, die Entwicklung akzeptabler, alternativer Ansätze weitgehend verhindert hat. Geradezu exemplarisch läßt sich das an der Kontroverse über qualitative versus quantitative Inhaltsanalyse deutlich machen.

Wenn man unter Inhaltsanalyse das Verfahren versteht, mit dem der Sinn symbolischen Materials (meist Texte) entschlüsselt werden soll, dann handelt es sich von dem Reichtum der Anwendungsmöglichkeiten her sicher um die zentrale Methode der empirischen Sozialforschung. Erstaunlicherweise ist die Bedeutung der Inhaltsanalyse weitaus geringer, sie wird als eine Methode neben vielen anderen betrachtet und entsprechend wenig wird sie eingesetzt. Das könnte sich zugunsten der quantitativen Analyse ändern, denn durch den zunehmenden Einsatz von Computerprogrammen können Texte ungemein schnell nach vorgegebenen Kategorien analysiert werden. Die vermeintlichen Vorzüge der quantitativen Inhaltsanalyse sind schnell aufgezählt: Ihre Resultate sind weitgehend intersubjektiv, die Auszählungen können quantitativ analysiert werden, und gelegentlich sind statistische Tests möglich. Da die qualitative Analyse, gemessen an diesen Standards, ein wenig geeignetes Verfahren ist, konzentriert man die Entwicklung konsequent auf die quantitative Analyse und hier wieder auf die Automatisierung von Zählvorgängen. Mißt man die Vorgehensweise quantitativer Inhaltsanalytiker ohne jene methodischen Vorurteile, die einen sofort überall dort Unwissenschaftlichkeit wittern lassen, wo nicht gezählt wird, an dem Anspruch, den Sinngehalt von Texten zu ermitteln (sub specie einer erkenntnisleitenden Fragestellung), so fällt einem auf, daß die quantitative Inhaltsanalyse eine Methodik propagiert, die von keinem Sprecher in einem nichtwissenschaftlichen Kontext für die Ermittlung des Sinns von Texten verwendet würde und vermutlich auch nicht in einem wissenschaftlichen Kontext wie etwa bei der Deutung historischer Dokumente.

Eine starke Abweichung von natürlichen Vorgehensweisen bei der Textinterpretation muß erlaubt sein, wenn sich damit überlegene Resultate erzielen lassen. Nur ist das bei der quantitativen Analyse nicht der Fall, weil das implizite Sprachverständnis – je häufiger eine Einheit vorkommt, desto wichtiger ist sie – bereits bei einem 12-jährigen als erhebliche Störung der Sprachentwicklung diagnostiziert würde. Die scheinbare Überlegenheit des quantifizierenden Ansatzes erweist sich auch hier als methodische Naivität, die die Entwicklung adäquater sinnverstehender Methoden hemmt.

Was an dem Verfahren methodisch so grotesk ist, wird erst deutlich, wenn man die isolierten Schritte und forschungsstrategischen Überlegungen zusammenfügt. Erst identifiziert man die Analyse symbolischen Materials als ein für die Sozialwissenschaften relevantes Verfahren. Im zweiten Schritt verwirft man die dazu im vorwissenschaftlichen Gebrauch üblichen Methoden als unwissenschaftlich. Um die so entstandene Lücke zu schließen, wird ein eigenes wissenschaftliches Instrumentarium entwickelt, eben das der quantitativen Analyse. Aber anstatt nun in einem vierten Schritt die neue Methode zu evaluieren, indem man die Resultate des neuen Verfahrens mit den eingespielten vorwissenschaftlichen Interpretationsverfahren vergleicht, wird das Verfahren mit der Zeit so weit verselbstständigt, daß es schließlich als die einzig wissenschaftliche und damit angemessene Methode zur Ermittlung des Sinns von Texten unter einer vorgegebenen Fragestellung betrachtet wird. Ein Physiker könnte sich ebensogut die Augen verbinden, um sich in seiner Umgebung mit Hilfe einer umgehängten schwerfälligen Radaranlage grob zu orientieren. Analog zu dem quantitativen Inhaltsanalytiker könnte er dann erklären: „Endlich ist es gelungen, die unwissenschaftliche Methode des Sehens mit beiden Augen durch die wissenschaftliche der radargeleiteten Blindorientierung zu ersetzen. Nach angemessener Übungszeit ermöglicht das Verfahren dem geschickten Benutzer immerhin die wissenschaftlich präzise Unterscheidung von offenen Schrank- und Wohnungstüren ...“

Die quantitative Inhaltsanalyse macht geradezu exemplarisch deutlich, warum in der Methodenentwicklung tatsächlich davon gesprochen werden kann, daß *die Methode vor die Sache geschoben wird*. Entscheidend ist nicht mehr die Qualität der Erkenntnisse, sondern die Vergötzung eines pervertierten Ideals von Wissenschaft. Daß dabei auch eine Berührungsangst vor Verfahren mitspielt, deren Einfachheit und Übersichtlichkeit sie auch dem Nichtspezialisten verständlich machen, ist nachvollziehbar. Denn womit sollte man den ganzen technischen Aufwand rechtfertigen, wenn die Resultate nicht die Qualität von Untersuchungen erreichen, die mit sehr viel bescheideneren Mitteln durchgeführt werden können?

Die beiden bisher diskutierten Verfahren wurden von uns deshalb ausgewählt, weil sie uns für die Datenerhebungstheorie bei den quantitativ ausgerichteten Methoden als exemplarisch erscheinen. Soll man daraus den Schluß ziehen, der vielen als der einzig mögliche scheint, und quantitativ orientierte Methoden wie technisch aufwendige Verfahren aus dem Methodenkanon verbannen? Soll man stattdessen nur noch Verfahren verwenden, deren Handhabung nur die übliche soziale

Handlungskompetenz voraussetzt, was ja nebenbei den Vorzug hätte, den z.B. von Aktionsforschern beklagten geheimwissenschaftlichen Charakter von Methodologie zu beseitigen? So verständlich eine solche Vorgehensweise zunächst auch scheinen mag, wir halten sie für unangemessen und möchten die vorherigen Ausführungen deshalb auch nicht als ein Plädoyer für die Preisgabe technischer Verfahrensweisen verstanden wissen.

Zunächst wäre das selbst gegenüber den hier heftig kritisierten Verfahren ungerne gerechtfertigt. Denn es gibt keinen Grund, auf sie dort zu verzichten, wo sie zu validen Resultaten führen. Vermutlich wird es dann sehr wenig Forschungszwecke geben, für die sich die quantitative Inhaltsanalyse als geeignet erweist, aber es ist nicht einzusehen, warum man sie dort nicht einsetzen sollte. Notwendig ist eine Evaluierung der zumeist rezepthaft dargestellten Methoden der empirischen Sozialforschung bezüglich ihrer Validität bei jeweils wohldefinierten Forschungszielen. Erst dann wäre sichergestellt, daß nicht länger Thermometer für die Längenmessung verwendet werden und man sich dann wundert, warum die Resultate nicht den Erwartungen entsprechen. Ein solches Evaluierungsprogramm wirft eine Reihe von wichtigen naheliegt, die Entwicklung technischer Disziplinen erst in einem reiferen Stadium der Wissenschaft zu forcieren.

lich machen würde, warum es in sozialwissenschaftlichen Forschungszusammenhängen naheliegt die Entwicklung technischer Disziplinen erst in einem reiferen Stadium der Wissenschaft zu forcieren.

Wodurch aber könnten die Insuffizienzen des quantitativen Paradigmas überwunden werden? Daß eine undifferenzierte Option für qualitative Methoden wenig hilfreich ist, möchten wir an Hand der Ethnomethodologie zeigen. Eine Auseinandersetzung mit der Ethnomethodologie bietet sich an, weil ihre philosophisch orientierten Rechtfertigungsversuche Argumente enthalten, die eine Verwendung analytischer Methoden in der Sozialforschung ausschließen. Zudem finden sich in den rationalen Teilen der Ethnomethodologie einige, wenn auch schwache Parallelen zu unserer Position.

2.2 Ethnomethodologie

Die Grundthese der Ethnomethodologie lautet: Soziale Realität ist keine ontologische Kategorie, sondern sie wird ständig durch handelnde Individuen hervorgebracht. Die primäre Aufgabe der Soziologie besteht demnach darin, die Akte der Hervorbringung von sozialer Realität zu studieren, um die „Basisregeln“ der sozialen Lebenswelt herauszufinden.

Ethnomethodologen haben methodisch sehr interessante Falluntersuchungen vorgelegt, die die Triftigkeit ihrer Grundthese stützen sollen; so wenn sie zum Beispiel zeigen, wie Sozialwissenschaftler durch Verwendung von Kategorien, die den subjektiv gemeinten Sinn des sozial Handelnden verfehlen, zu falschen Deutungen von dessen Motiven gelangen. Die starke Betonung der Notwendigkeit, jeweils zu

untersuchen, „wie es gemacht wird“, und die damit verbundene Warnung vor Versuchen, durch voreilige und äußerliche Kategorisierungen zu unzutreffenden Handlungserklärungen zu gelangen, ist in der Substanz nichts anderes als die Warnung vor einer schlechten Wissenschaft, die nicht zu korrekten Erklärungen gelangen kann.

Man kann einen Teil der ethnomethodologischen Kritik an der traditionellen Sozialforschung in dem Sinne lesen, daß nur durch präzise handlungstheoretische Analysen sozialer Situationen, deren Durchführung sich nicht auf den Regelkanon quantitativ orientierter Sozialforschung verlassen kann, wissenschaftliche Erklärungen und Verstehensleistungen möglich sind, wie sie auch im Sinne der traditionellen Sozialforschung angestrebt, aber nicht erreicht werden. Aber damit würde man dem revolutionären Selbstverständnis ethnomethodologischer Forscher nicht gerecht, denn Ethnomethodologen sehen sich nicht als Erfüllungsgehilfen der traditionellen Sozialwissenschaft, sondern gehen mit ihren Ansprüchen weit darüber hinaus. Die skizzierte Art von Kritik ist nämlich ebenso nützlich wie methodisch harmlos, denn sie ist nicht mehr als eine Warnung vor unzutreffenden Erklärungen; man kann sie teilen, ohne die anderen Punkte des ethnomethodologischen Programms zu übernehmen.

Wie Ethnomethodologen häufig betonen, ist Ethnomethodologie keine klar umgrenzte und durch wenige Grundannahmen charakterisierbare Disziplin. Ihre Kritik an den klassischen Methoden und Theorien der Sozialforschung ist äußerst heterogen und reicht von der Ablehnung mehr philosophischer Prämissen (Kritik des klassischen Regel- und insbesondere Gesetzesbegriffs) über die Distanzierung von einzelnen Methoden und Modellen (Verwerfung klassischer Handlungsmodelle, Zurückweisung des HO-Modells, Skepsis gegenüber quantitativen Methoden) bis hin zu grundsätzlichen Überlegungen, was überhaupt Gegenstandsbereich und Methode der Sozialwissenschaften sein können (die phänomenologischen Vorstellungen von strenger Wissenschaftlichkeit, die Alltagswelt als Phänomen, die Position ethnomethodologischer Indifferenz).

Eine Diskussion ethnomethodologischer Theorienbildung muß insofern selektiv verfahren, als es bei einzelnen Themen konkurrierende und teilweise einander widersprechende Darstellungen gibt. Wir möchten uns deswegen auf die Diskussion einer – allerdings zentralen – These beschränken:

(T) *Soziale Tatsachen werden durch Handlungen konstituiert. Sie unterscheiden sich damit kategorial von natürlichen und objektiven Tatsachen, wie sie z.B. in den Naturwissenschaften erforscht werden.*

Für die Diskussion der hier noch vage formulierten These sprechen einige Argumente. So ist (T) eine notwendige Bedingung der Möglichkeit des ethnomethodologischen Ansatzes. Aus der fundamentalen These (T) werden zusammen mit anderen Prämissen verschiedene Kritiken an gängigen sozialwissenschaftlichen Methoden und Theorien hergeleitet, so z.B. der Regelskeptizismus, die Zurückweisung dispositioneller Handlungsbegriffe, die Notwendigkeit ethnomethodologischer Indifferenz etc. Die Bedeutung von (T) wird durch die beispielorientierte Diskussion im

Kontext des *labeling approachs* sehr deutlich, was für ethnomethodologische Thesen eher atypisch ist. (T) hat nicht nur praktische Konsequenzen in der Kriminalsoziologie, sie ist auch folgenreich übertragbar auf andere sozialwissenschaftliche Theorien und Methoden.

Zunächst sollen an einem Beispiel zwei mögliche Interpretationen von (T) unterschieden werden. Angenommen, jemand wird als Dieb verurteilt, weil er eine Reihe von Handlungen ausgeführt hat, die als Diebstahl einer Kamera gewertet werden. Wir können dann fragen, in welchem Sinne die Zusprennung des Prädikats *Dieb* objektiv ist. Dabei lassen sich zwei Positionen unterscheiden.

- (A) Die Zusprennung des Prädikats *Dieb* kann nicht in dem Sinne objektiv sein wie etwa die Zusprennung der Prädikate *rot* oder *flüssig*, weil von Dieben nur dort die Rede sein kann, wo entsprechende soziale Institutionen, wie z.B. Gesetze, existieren. Wären die Gesetze anders, so hätte das Prädikat eine andere oder gar keine Verwendung. Aber relativ zu den vorgegebenen sozialen Institutionen ist eine Entscheidung über die Zusprennung möglich, d.h. sie ist richtig oder falsch.
- (B) Die Zusprennung des Prädikats *Dieb* kann auch nicht in dem relativen Sinn von (A) objektiv sein, vielmehr werden Diebe erst durch die Zusprennung des Prädikats „erzeugt“. Die Entscheidung, jemanden einen *Dieb* zu nennen, kann daher nicht objektiv sein, weil sie allein davon abhängt, ob das Prädikat zugesprochen wird, und es für die Zusprennung selbst keine objektiven Gründe gibt.

Entsprechend den beiden Interpretationen (A) und (B) wollen wir zwischen (TA) und (TB) unterscheiden. (TA) – die Zusprennung sozialer Prädikate setzt kontingente soziale Institutionen voraus – ist eine richtige, aber uninteressante These, weil sie von niemandem bestritten wird. Denn wer würde in Abrede stellen, daß der Besitz von Haschisch dann und nur dann ein Delikt sein kann, wenn es soziale Regelungen gibt, die den Besitz verbieten? Würde man die ethnomethodologische Grundposition im Sinne von (TA) interpretieren, so wäre nicht mehr auszumachen, was die Ethnomethodologie von anderen sozialwissenschaftlichen Strömungen, wie z.B. Handlungs- oder Rollentheorie, unterscheiden soll. Demnach muß (T) stärker interpretiert werden, wenn eine methodische und inhaltliche Differenz begründet werden soll, und unzweifelhaft wird (T) von einigen Ethnomethodologen im Sinne von (TB) verstanden:

- (TB) *Die Zusprennung sozialer Prädikate ist auf objektive Weise nicht möglich. Die durch die Prädikate bezeichneten Phänomene werden erst durch den Akt der Zuschreibung konstituiert. Zuschreibungen können demnach weder richtig noch falsch sein.*

Zunächst ist zu klären, warum eine Verallgemeinerung auf *alle* sozialen Prädikate möglich ist. Dazu muß man untersuchen, was Ethnomethodologen motiviert, (TB) speziell bei juristischen Prädikaten zu behaupten. Solche Prädikate (z.B. *Diebstahl*) sind nicht nur durch Feststellungen über das Vorliegen beobachtbarer Sachverhalte zuschreibbar, weil zusätzlich über die Intentionalität einer Verhaltensweise geur-

teilt werden muß. Diebstähle kann man nur *absichtlich* begehen, aber Absichten können zumindest nicht so beobachtet werden, wie z.B. die Verhaltensweisen bei einem Diebstahl. Daraus schließt die Ethnomethodologie auf die Willkürlichkeit der Prädikate. Man kann sich leicht überlegen, warum bei *allen* sozialen Tatsachen entsprechende, nicht direkt beobachtbare Phänomene vorliegen müssen, z.B. der *Sinn* von Aussagen, die *Intention* von Handlungen etc. Wenn man aber die Zuschreibung von juristischen Prädikaten für willkürlich hält, dann muß man auch die in (TB) vorgenommene Verallgemeinerung vertreten. Für *alle* sozialen Prädikate kann es dann *außer* dem Akt der Zuschreibung nichts geben, was die Verwendung des Prädikats rechtfertigt.

Demnach wären auch Fragen wie „Ist H. Schmidt Bundeskanzler (und nicht etwa Führer oder Kaiser)?“ oder „Sagte er ‚ich studiere an der Universität Frankfurt‘ oder gab er nur sinnlose Geräusche von sich?“ ebenso wenig objektiv entscheidbar, weil die Zusprennung der in ihnen verwendeten Prädikate nur richtig ist, wenn bestimmte, nicht beobachtbare Sachverhalte vorliegen.

Aus der Sicht der gewöhnlichen Gesellschaftsmitglieder, ob nun Laie oder professioneller Soziologe, ist (TB) eine absurde These. Denn wenn sie richtig wäre, dann könnte es auch nicht jene weitgehend stabilen gesellschaftlichen Phänomene geben, ohne die soziale Orientierung unmöglich wäre. Wir könnten beispielsweise nicht miteinander reden, weil wir ja doch nicht wüßten, was gesagt wird, denn Bedeutung müßte stets ad hoc konstituiert werden, und das heißt, es gäbe gar keine Bedeutung. Die Absurdität von (TB) kann jeder selbst überprüfen (und muß jeder selbst überprüfen können!), indem er feststellt, wie gut die Prognosen über die Prädikatzuschreibungen anderer sind. Wäre (TB) richtig, dann könnte es keine erfolgreichen Prognosen geben, wir wären gleichsam durch jedes „labeln“ von neuem überrascht. Aber man kann recht gute Voraussagen darüber machen, ob beispielsweise jemand als Dieb verurteilt werden wird, und ebenso sind unsere Prognosen darüber fast immer richtig, welche Bedeutung andere mit bestimmten sprachlichen Zeichen verknüpfen etc.

Aus diesen Gründen ist (TB) und damit eine grundlegende These der Ethnomethodologie falsch. Um gleichwohl nicht ihre Lieblingsidee preisgeben zu müssen, sieht die Ethnomethodologie die Widerlegung von (TB) als Produkt jenes vorwissenschaftlichen common sense, dessen Überwindung doch gerade das Ziel sei. Die windungsreiche Begründung von (TB) rekurriert schließlich auf den Regelskeptizismus, der freilich in seiner ethnomethodologischen Variante nicht mehr ist als ein dünner Aufguß von in der analytischen Philosophie längst bekannten und hinreichend widerlegten Argumenten. Eine externe Beurteilung der Rationalität von Regelsystemen kann es nicht geben, und ihre interne Rekonstruktion ist ein Geschäft, das auch von Ethnomethodologen nicht anders betrieben werden kann, als es in anderen Disziplinen üblich ist. Was beispielsweise kann er über das labeling von Dieben herausfinden, das einem anderen verborgen bliebe? Die ernüchternde Antwort lautet: „gar nichts“, weil auch ein Ethnomethodologe nicht *mehr* erkennen kann, als daß Prädikate wie *Dieb* nach bestimmten Regeln zu- oder abgesprochen werden. Daß die

unterliegenden Regelsysteme sehr komplex sein können und intersubjektiv nicht immer übereinstimmend verwendet werden, ist eine Einsicht, für die die ethnomethodologische Indifferenz ebenfalls nicht benötigt wird.

Es gibt also keinen guten methodischen Grund, an (TB) festzuhalten. Da (TB) eine Präzisierung von (T) ist, bleibt die Frage zu beantworten, ob man Ethnomethodologie möglicherweise auf eine schwächere Interpretation von (T), z. B. (TA), gründen kann. Oder anders gefragt: Wenn das grundlegende Selbstverständnis ethnomethodologischer Forschung ein unproduktiver Skeptizismus ist, worin bestehen dann die methodisch produktiven Einsichten der ethnomethodologischen Forschung? Produktiv ist beispielsweise die ethnomethodologische Kritik an dem Glauben, Prädikate wie *Dieb* ließen sich wie einfache Beobachtungsprädikate zusprechen, so daß eine Entscheidung darüber nie zweifelhaft sein könne. Die Einsicht in den theoretischen Charakter solch scheinbarer Beobachtungsprädikate hat erhebliche Konsequenzen, weil sie z. B. eine Untersuchung darüber erfordert, wie mentale Prädikate („er hatte die Absicht“) mit Beobachtungsprädikaten („er hat Körperbewegung vom Typ x ausgeführt“) verknüpft sind, welche Zuschreibungsregeln sich aus den Verknüpfungen ableiten lassen, wie dadurch Vagheiten entstehen, wie die Regeln geändert werden können etc.

Man erhielte dann eine methodisch interessante Interpretation von (T), die „zwischen“ (TA) und (TB) läge. Damit wären aber keine spezifisch ethnomethodologischen Einsichten verbunden, weil derartige Überlegungen fundierter und präziser in der analytischen Handlungstheorie und der Diskussion über Struktur und Bestätigung von Theorien längst vorliegen. Dennoch findet man unterhalb des absurden philosophischen Überbaus der Ethnomethodologie methodenkritische Einsichten, an denen sich Alternativen zum quantifizierenden Paradigma orientieren und bewähren können. Um so bedauerlicher ist es, wenn Ethnomethodologen durch ihre Fixierung auf bizzare und forschungspraktisch irrelevante Thesen eine traditionalistische Kritik ermöglichen („Hippie-Soziologie“), die auf die produktiven Ansätze erst gar nicht einzugehen braucht.

2.3 Rekonstruktive Methoden

Qualitative Methoden wie die Ethnomethodologie werden so unsystematisch verwendet, daß sie mangels Intersubjektivität als wissenschaftliche Methoden unattraktiv sind. Gerade hier sind quantitative Methoden deutlich überlegen, aber sie sind wegen des allzu schlichten Verständnisses sinnhaft vermittelter Daten nur wenig *produktiv*. Eine sinnverstehende Sozialwissenschaft ist in beiden Fällen nicht möglich, weil beide Methoden jeweils nur eine Komponente, die sinnverstehende oder die wissenschaftliche, auf Kosten der anderen berücksichtigen.

Wir halten beider Defizite für überwindbar, weil die Alternative qualitativ-quantitativ durch *rekonstruktive* Verfahren beseitigt werden kann, die wir thesenhaft so charakterisieren möchten:

Rekonstruktive Methoden ermöglichen eine wissenschaftliche Erfassung symbolisch strukturierter Gegenstandsbereiche, wobei sie die Vorzüge des qualitativen und quantitativen Paradigmas miteinander verbinden, ohne deren Nachteile zu übernehmen. Sie sind durch formale Präzision intersubjektiv kontrollierbar (im Gegensatz zu qualitativen Methoden) und gestatten produktive Anwendungen (im Gegensatz zu quantitativen Methoden). Rekonstruktive Methoden akzeptieren die Leistungen sozialer Akteure als ein systematisch nicht hintergehbare Kriterium, ohne dadurch wissenschaftliche Kompetenz durch Laienkompetenzen zu substituieren.

Das sind starke Worte für Verfahren, die es noch nicht oder nur ansatzweise gibt. Was berechtigt uns dazu? Wir könnten hier auf die erfolgreiche Verwendung rekonstruktiver Methoden in Wissenschaftstheorie und Linguistik verweisen, aber stattdessen möchten wir einige systematische Argumente am Beispiel der Analyse von Texten explizieren. Unter *rekonstruktiven Verfahren* wollen wir dabei Verfahren verstehen, die in einer explizit nachvollziehbaren Weise Leistungen ermöglichen, wie sie einem kompetenten Akteur nur durch Verwendung eines impliziten Wissens möglich sind.

Man sieht die Notwendigkeit sinnverstehender rekonstruktiver Verfahren am klarsten, wenn man sich verdeutlicht, daß die Interpretationskompetenz der natürlichen Sprecher die einzige Instanz zur Entscheidung der Frage ist, ob die Deutung eines Textes korrekt ist (einige mögen irren, aber nicht alle simultan). Wir können deswegen nur Methoden erarbeiten, die zu gleichen Resultaten führen oder zu falschen. Wenn es zutrifft, daß eine Sozialwissenschaft hauptsächlich symbolische Hervorbringungen zu deuten hat, dann kann die Wichtigkeit sinnverstehender rekonstruktiver Verfahren kaum überschätzt werden.

Gleichwohl spricht gegen rekonstruktive Verfahren ein prima facie starker Einwand: Wozu braucht man eine wissenschaftliche Methode, mit der man scheinbar nicht mehr herausfinden kann, als jeder Laie? Dieser Einwand übersieht aber vier Argumente: (a) Die Erklärung einer Kompetenz, wie sie durch die Explikation entsprechender Regelsysteme möglich wird, ist ein legitimes sozialwissenschaftliches Anliegen. (b) Die Explikation von Methoden der Interpretation ermöglicht Typenbildungen, die ihrerseits z.B. in der Wirkungsanalyse von Texten explanatorisch wertvoll sein können. (c) Wichtiger aber ist die Einsicht, daß durch die iterierte Anwendung von Regeln, wie sie durch rekonstruktive Verfahren expliziert werden, Einsichten möglich sind, die außerhalb der Kompetenz natürlicher Sprecher liegen. Diese Behauptung verliert ihren paradoxen Anschein, wenn man sich Beispiele ansieht. So kann beispielsweise jeder Laie die Korrektheit einer elementaren Rechenoperation eines Computers überprüfen, obgleich nur Experten in der Lage sind, die Richtigkeit eines komplexen Rechenprozesses zu entscheiden. Oder, um eine andere Perspektive zu wählen, ein guter Schachspieler mag einem schlechten verdeutlichen, warum ein bestimmter Zug ungünstig ist, und beide werden dabei über das gleiche Regelwissen verfügen. (d) Dazu kommt die Möglichkeit, interpretative Differenzen rational zu entscheiden. Ähnlich (c) wird man auch hier schrittweise die Verwendung der Regeln überprüfen, um so gerade in den komplexen und wissenschaftlich

interessanten Fällen zu zeigen, wo die Mängel und Stärken einzelner Interpretationen liegen. Selbst dort, wo eine Entscheidung nicht möglich ist, kann deutlich gemacht werden, welche Fragen noch zu klären sind, damit man sich für eine der vorliegenden Interpretationen entscheiden kann.

Die sinnverstehenden rekonstruktiven Methoden akzeptieren die Leistungen natürlicher Sprecher in dem Sinne als ein letztes, nicht hintergehbare Adäquatheitskriterium, als sie in eindeutigen Fällen zu gleichen Resultaten gelangen müssen. Das impliziert nicht daß jedes Urteil jedes Sprechers über jeden Text a priori nicht kritisierbar wäre. Und es impliziert erst recht nicht, daß eine komplexe rekonstruktive Textanalyse von einem Laien verstanden oder gar notwendigerweise durchgeführt werden kann. Offen lassen möchten wir die Frage, ob rekonstruktive Verfahren der Sinnanalyse nur funktionieren können, wenn sie die *gleichen* Regeln verwenden wie kompetente Sprecher, oder ob es möglich ist, andere Systematisierungen zu verwenden, deren Adäquatheit allein an der Übereinstimmung der Resultate getestet wird. Für die erste Position gibt es gute, aber keine zwingenden Argumente.

Ihrem methodischen Status nach sind rekonstruktive Verfahren insofern Zwittergebilde, als sie ihrem Präzisions- und Formalisierungsgrad nach dem quantitativen Paradigma, ihrer Rückbindung an Alltagskompetenzen nach dem qualitativen Paradigma zuzurechnen sind. Ob sie sich auf Dauer als eine dritte und zugleich vermittelnde Position zwischen beiden Paradigmen bewähren können, kann nur an der Leistungsfähigkeit konkreter Verfahren entschieden werden. Nach dem gegenwärtigen Diskussionsstand erscheinen sie uns als die überzeugendste Antwort auf die Frage, wie eine methodisch eigenständige Sozialwissenschaft möglich ist.

3. Theoretische Soziologie

3.1. Makrosoziologische Theorien

Im Kontext der Diskussion um eine kritische Sozialwissenschaft haben makrosoziologische Theorien aus zwei Gründen im Vordergrund gestanden:

- (1) Die Entwicklung makrosoziologischer Theorien ermöglicht die wissenschaftliche Erforschung sozialer Sachverhalte, die eine besondere politische Relevanz haben, weil nur mit ihnen die Bedeutung globaler gesellschaftlicher Umwälzungen und Evolutionen erfaßt werden kann.
- (2) Die Tatsache, daß komplexe soziologische Theorien eine große Erklärungskraft für bestimmte gesellschaftliche Sachverhalte und Prozesse haben können, ist selber ein brisantes gesellschaftliches Phänomen. In dem Maße, wie professionalisierte Sozialwissenschaftler über größere Einblicke in soziale Zusammenhänge verfügen als die übrigen Mitglieder einer Gesellschaft, in dem Maße fallen Alltagstheorien und wissenschaftliche Theorien auseinander. Das wird zu einem relevanten politischen Problem, wenn nur noch wissenschaftliche Theorien diejenigen Konsequenzen der sozialen Handlungen von Personen aufklären können, die für die Interessen der Handelnden wesentlich sind.

Angesichts der Lage der Sozialwissenschaften drängt sich allerdings die Frage auf, ob die bestehenden sozialwissenschaftlichen Theorien in der Tat schon eine solche, von Alltagstheorien wesentlich unterschiedene Erklärungskraft entwickelt haben. Um diese Frage zu beantworten, wollen wir zunächst grundsätzlicher das Verhältnis zwischen theoretischen und empirischen Aussagen in der Soziologie klären.

Die Methodologie der empirischen Sozialforschung gibt die Regeln an, nach denen die empirischen Aussagen der Soziologie überprüft werden sollen. Zu solchen empirischen Aussagen kann man in der Soziologie durch eine „bloße“, d.h. theorielose Anwendung der empirischen Methoden kommen: So kann die Einkommensverteilung in einer Gesellschaft festgestellt werden oder die Entwicklung der Streikhäufigkeit in einer bestimmten Zeitspanne. Nun gilt aber für die Soziologie dasselbe wie für andere empirische Wissenschaften: Solcherart induktiv gewonnenen empirischen Erkenntnissen kommt nur ein äußerst geringer erklärender Wert zu; sie haben fast nur beschreibende Funktion. Das ändert sich erst, wenn die empirisch überprüfbaren Aussagen im Rahmen einer wissenschaftlichen *Theorie* abgeleitet worden sind und damit einerseits als Prognosen verwendet werden können und andererseits mit einer Menge anderer empirischer Aussagen in einem – gesetzmäßigkeitheoretischen – Zusammenhang stehen. In diesem Fall ist die Überprüfung einer empirischen Aussage zugleich die Überprüfung einer sozialwissenschaftlichen Theorie mit explanativ-prognostischer Kraft. Das bloße Sammeln von überprüften empirischen Aussagen kann nicht zur Konstruktion einer solchen Theorie führen.

Diejenigen Soziologen, die sich mit makrosoziologischen Problemen beschäftigen, handeln zwar zumindest faktisch nach dieser Einsicht, insofern sie ihre Theorien meistens unter vollkommener Ignorierung der empirischen Sozialforschung und ihrer Ergebnisse formulieren. Sie fallen aber in ein anderes Extrem, indem sich ihre Diskussionen oft nur noch um die innere Konsistenz der Makrotheorien, um Fragen einer angemessenen Systematisierung der verwendeten theoretischen Begriffe und Theorieteile drehen und kaum um das Problem, ob die Folgerungen aus den jeweiligen Theorien empirisch wahr oder falsch sind, oder wie man solche Folgerungen überhaupt mit der nötigen Eindeutigkeit ableiten könnte.

Bescheidet sich demnach die empirische Sozialforschung oft mit einem theorielosen Sammeln von Fakten, so vergnügt sich die theoretische Soziologie zumeist mit einem empirielosen Konstruieren von Theorien.

Nun ist dieser Zustand der wechselseitigen Ignoranz kein Zufall, sondern hängt mit dem Entwicklungsstand soziologischer Theorienbildung zusammen: Diese Theorien sind nämlich zur Zeit noch garnicht soweit entwickelt, daß interessante empirische Aussagen aus ihnen gefolgert werden könnten. Zur Erläuterung dieser pessimistischen Einschätzung des Entwicklungsstandes der theoretischen Soziologie wollen wir zunächst die Unterscheidung zwischen der *deskriptiven* und *explanativen* Adäquatheit einer empirischen Theorie einführen:

Deskriptive Adäquatheit soll eine Theorie genau dann besitzen, wenn auf der Basis vorliegender Sachverhalte – also *ex post* – durch eine Variation ihrer Zuord-

nungsregeln wahre empirische Aussagen aus ihr abgeleitet werden können, ohne daß man ihren Theoriekern verändern muß.

Explanative Adäquatheit soll eine Theorie genau dann besitzen, wenn sie deskriptiv adäquat ist und darüber hinaus zutreffende *Erklärungen* und wahre empirische *Prognosen* aus ihr abgeleitet werden können. Der explanative Gehalt einer solchen Theorie steigt mit der Quantität und Qualität ihrer Erklärungen und Prognosen.

Zum Verständnis dieser Unterscheidung gehen wir von einem – für unsere Zwecke allerdings stark vereinfachten – wissenschaftstheoretischen Modell für empirische Theorien aus. Demnach besteht eine empirische Theorie aus einem *Theoriekern*, der die zentralen theoretischen Begriffe und Gesetze einer Theorie enthält. Dieser Theoriekern wird ergänzt durch jeweils variierende *Zuordnungsregeln*, die den Theoriekern empirisch interpretieren und es ermöglichen, aus einer Theorie unter bestimmten empirischen Randbedingungen deskriptive Aussagen abzuleiten. Stellt sich nun eine aus einer Theorie abgeleitete empirische Aussage als falsch heraus, so ist man nach diesem Modell nicht zu einer Veränderung oder Verwerfung der ganzen Theorie gezwungen: es reicht, wenn man die Zuordnungsregeln so verändert, daß eine richtige empirische Aussage gefolgert werden kann und somit die Theorie wieder deskriptiv adäquat ist. Den Theoriekern kann man in der alten Form beibehalten.

Das Verhältnis zwischen dem Kern einer wissenschaftlichen Theorie und den daraus abzuleitenden nicht-theoretischen, empirischen Aussagen kann man sich also *nicht* als ein einfaches und eindeutiges logisches Folgerungsverhältnis vorstellen, so daß etwa im Sinne des *Kritischen Rationalismus* jede aus einer Theorie gefolgerte empirische Aussage zumindest prinzipiell zu einer Ablehnung der gesamten Theorie führen könnte. Im Gegenteil sind auch und gerade alle explanativ gehaltvollen Theorien so konstruiert, daß über die Möglichkeit variierender Zuordnungsregeln zwischen theoretischen und nicht-theoretischen Begriffen und Sätzen jede benötigte empirische Aussage abgeleitet werden kann. Das Erreichen deskriptiver Adäquatheit – die Möglichkeit einer ex post vorgenommenen Ableitung der zutreffenden empirischen Aussagen aus einer Theorie – ist also für fast jede, noch so abstruse Theorie über eine Veränderung der Zuordnungsregeln möglich und zwar gerade dann, wenn ihr Theoriekern in der Absicht eines „globalen“ Anwendungsbereiches formuliert worden ist. Deskriptive Adäquatheit bezeichnet somit nur eine minimale und wenn man so will, triviale Voraussetzung zur Entwicklung einer Theorie im Gegensatz zu der relevanten und erstrebenswerten explanativen Adäquatheit.

Unsere Einschätzung des Entwicklungsstandes der theoretischen Soziologie läßt sich nunmehr präzisieren: Die meisten makrosoziologischen Theorien besitzen demnach zur Zeit nur deskriptive, aber keine explanative Adäquatheit; d.h. man kann sie angesichts der realen gesellschaftlichen Entwicklung zwar immerhin *im Nachhinein* so zurechtbasteln, daß sie den empirischen Fakten nicht allzu offensichtlich widersprechen, aber sie sind nicht in der Lage, interessante Erklärungen oder präzise Prognosen zu liefern.

In der heutigen Sozialwissenschaft neigt man nun leider oft dazu, die deskriptive Adäquatheit einer Theorie mit ihrer explanativen zu verwechseln, d.h. man schließt fälschlicherweise von der deskriptiven Adäquatheit einer Theorie auf einen explanativen Gehalt dieser Theorie. Das liegt an der vereinfachenden und erhellenden Strukturierung, die schon eine bloße *Beschreibung* eines Gegenstandsbereiches mit Hilfe einer bestimmten theoretischen Terminologie nach sich zieht. So *erscheint* etwa die Beschreibung eines Gerichtsverfahrens in der Terminologie der Systemtheorie und eine Unterscheidung bestimmter Aspekte dieses Verfahrens nach dem vorgegebenen Muster verschiedener systemerhaltender Funktionen einfach schon deshalb als „erklärend“, weil sie eine übersichtliche Strukturierung eines komplexen Sachverhalts erlaubt, der vorher unüberschaubar wirkte. Dieser Effekt tritt eben auch dann ein, wenn diese Beschreibung in Wirklichkeit nur scheinbar einen explanativen Gehalt hat, weil die zugrundeliegende Theorie nur ex post Deutungen bietet und keine Prognosen aus ihr ableitbar sind.

Dieses Phänomen scheint uns für viele relevante und umstrittene makrosoziologische Theorien zuzutreffen und macht verständlich, warum der Streit zwischen diesen Theorien auch nicht mit einfachen Mitteln entschieden werden kann: Sie sind jeweils deskriptiv adäquat, während ein explanativer Gehalt nur in Ansätzen festzustellen ist.

Ein bemerkenswerter Sachverhalt, der mit der fehlenden explanativen Adäquatheit makrosoziologischer Theorien zusammenhängt, besteht darin, daß zur Verteidigung dieser Theorien meistens keine empirischen, sondern wiederum nur „theoretische“ Argumente vorgebracht werden. Man stützt seine Theorie nicht etwa mit dem Hinweis auf ihren (zu erwartenden) explanativen und prognostischen Gehalt, sondern sammelt Argumente auf einer nicht-empirischen Ebene, was dem Streit um Theorien in der Soziologie oft einen seltsam abgehobenen, begriffsfetischisierenden Anstrich gibt. So werden etwa zur Legitimation zentraler systemtheoretischer Begriffe bedeutungsverheißende Anleihen in der philosophischen Tradition gemacht, und die Einführung theoretischer Konzeptionen wird nicht etwa mit dem Hinweis auf ihre vorhandene oder zu erwartende empirische Fruchtbarkeit begründet, sondern mit „der Notwendigkeit der Reduktion von Komplexität in einer Welt der unüberschaubaren Möglichkeiten“. Ähnlich bombastische und abgehobene Argumentationsanstrengungen kann man beobachten, wenn bestimmte Marxisten die Marxsche Wert- und Kapitaltheorie verteidigen: Hier geht es dann nicht mehr um theoretische Begriffe, die einen Fortschritt für den explanativen Gehalt soziologischer Theorien verheißen, sondern die Marxsche Theorie wird angepriesen als „einzig adäquater“ Ausdruck für „objektive Wesenheiten“, die durch die geheimnisvolle Methode der Dialektik gleichsam logisch-analytisch erschlossen werden können, und man geht nicht selten so weit, die Frage ihres explanativen Gehalts als für gänzlich nebensächlich (und vielleicht bürgerlich) zu betrachten.

Es ist also nicht überraschend, daß immer wieder und mit Erfolg versucht wird, soziologische Theorien mit weitreichenden Wahrheitsansprüchen und Immunisierungen gegen theoretische Alternativen zu propagieren: Weil nahezu alle makrosoziolo-

gischen Theorien zumindest über deskriptive Adäquatheit verfügen, läßt es sich ganz gut mit ihnen leben. Es gibt ja keinen gesellschaftlichen Sachverhalt, dem sie nicht zumindest *ex post* angeglichen werden können. Das verhilft zu einem trügerischen Gefühl der Sicherheit und Orientierung, aber – und in diesem Punkt hat Feyerabend recht – diese Leistung vollbringen auch Hexenglaube und Astrologie.

Die fatale Verkennung der methodologischen Probleme einer empirisch-theoretischen Sozialwissenschaft hat sich auch in der wissenschaftstheoretischen Diskussion im Streit „Holismus versus Individualismus“ gespiegelt. Statt den Gebrauch bestimmter – holistischer oder individualistischer – Prädikate an der Frage zu diskutieren, wieweit sie den explanativen Gehalt und damit die Prognosefähigkeit einer sozialwissenschaftlichen Theorie erhöhen können, wurde auf einer abstrakt-philosophierenden Ebene erörtert, ob alle soziologischen Erklärungen „letzten Endes“ auf die Erklärungen von individuellen Handlungen reduziert werden müssen oder ob umgekehrt, gerade *das* die Erkenntnis „objektiver“ gesellschaftlicher Strukturen und Prozesse verhindert. Eine *methodologische* Frage wurde so als das *ontologische* Problem diskutiert, welche Entitäten es in der sozialen Welt „gibt“ – mit welchen Entitäten man aber eine empirische Theorie bevölkert, hängt sinnvollerweise nur davon ab, was die Einführung neuer Entitäten in explanativer Hinsicht leistet. Die „Holismus-Individualismus“-Debatte wäre sehr vereinfacht worden, wenn (a) die Individualisten behauptet hätten, daß Theorien mit holistischen Prädikaten keinen größeren explanativen Gehalt haben als Theorien mit nur individualistischen Begriffen und (b) die Holisten das bestritten hätten. Damit wäre klar gewesen, daß dieses Problem nicht im Rahmen einer philosophischen Debatte gelöst werden kann, sondern eine Frage des Fortschritts der empirischen Wissenschaften ist und vor allem keine Frage des Aufstellens von Verbotstafeln. Aber in diesem Fall hat sich die Vernunft faktisch durchgesetzt und diese Debatte blieb im Vergleich mit anderen beneidenswert folgenlos.

Wenn unsere Einschätzung des Entwicklungsstandes der theoretischen Soziologie richtig ist, dann wird die Relevanz einer wissenschaftstheoretischen Diskussion makrosoziologischer Theorien deutlich. Bei der Überprüfung solcher Theorien geht es dann nämlich weniger um eine Überprüfung der Aussagen einer *empirischen* Theorie, sondern eher um die Entwicklung makrosoziologischer Theorien *zu* empirischen Theorien. Inwieweit eine vorliegende Theorie die Voraussetzungen für eine explanativ gehaltvolle empirische Theorie erfüllt, muß dabei durch eine wissenschaftstheoretische Analyse geklärt werden. Sie ermöglicht die nicht-empirische Überprüfung einer Theorie oder einer Menge theorieähnlicher Aussagen auf Präzision ihrer begrifflichen Konstruktionen und auf Konsistenz der logischen Beziehungen zwischen ihren Aussagen. Eine solche Analyse *muß* der ernsthaften empirischen Überprüfung einer Theorie vorangehen, denn nur wenn die Bedeutung der Begriffe einer Theorie hinreichend eindeutig ist, die Ableitungsbeziehungen zwischen ihren einzelnen Aussagen geklärt sind und analytische und synthetische Elemente mit der nötigen Schärfe getrennt wurden, kann man aus der empirischen Erprobung einer Theorie die richtigen Schlüsse auf ihren explanativen Gehalt ziehen.

Die Relevanz einer wissenschaftstheoretischen Analyse für die sozialwissenschaftliche Theorienentwicklung wird in der Regel erheblich unterbewertet. Eine solche Einschätzung ist methodologisch deshalb naiv, weil sich Theorien und theorieähnliche Konstruktionen im Unterschied zu einzelnen Aussagen oder bloßen Sammlungen von Aussagen nicht mit einem Blick als empirisch wahr oder falsch erweisen. Hier geht es vielmehr meistens um die Frage, ob eine Theorie explanativ oder nur deskriptiv adäquat ist. Darüber hinaus wird man oft feststellen müssen, daß eine ernsthafte empirische Überprüfung aufgrund der Vagheit der Begriffe und der Unklarheit der Aussagen und ihrer logischen Verknüpfung überhaupt nicht möglich ist – solche Theorien können sich gegenüber der Realität immer „behaupten“, indem sie durch Zusatzkonstruktionen und Uminterpretationen zumindest ex post immer richtige Aussagen produzieren.

Die Wissenschaftstheorie hat im derzeitigen Stadium der Sozialwissenschaften also nicht nur die Aufgabe einer mehr oder minder deskriptiven Rekonstruktion der vorgegebenen wissenschaftlichen Praxis, sondern muß darüber hinaus in einem normativen Sinn die Entwicklung von explanativ adäquaten Theorien in den Sozialwissenschaften anleiten.

3.2 Theorienwahl in den Sozialwissenschaften

Ein Stein des Anstosses für die Kontrahenten der marxistischen Theorietradition und der sich daran anschließenden Kritischen Theorie ist besonders deren Behauptung gewesen, daß es so etwas wie eine „wert-“ oder „interessenabhängige Theorienwahl“ geben könne, daß die Einsicht in die „wahren gesellschaftlichen Verhältnisse“ sich nur demjenigen eröffne, der sich auf den richtigen politischen Standpunkt stelle. Lukács hat diese Ansicht paradigmatisch in der These formuliert, daß nur derjenige, der „auf dem Standpunkt des Proletariats“ stünde, die Wahrheit der marxistischen Weltauffassung begreifen könne. Spuren dieser Auffassung lassen sich in der Habermasschen Theorie über die Beziehungen zwischen „Erkenntnis und Interesse“ wiederfinden und sie haben z.T. eine Kritik erfahren, als ob aus ihnen noch immer der Geist der stalinistischen Kaderpartei sprechen würde.

Nun ist in der Tat allen diesen Theorien gemeinsam, daß ihre oft mit großem Pathos verbundenen Schlußfolgerungen nicht selten in einem gravierenden Mißverhältnis zu der mangelhaften Begründung der Ausgangsthese stehen. Insofern kann man die Kritik an ihnen nur begrüßen, vor allem wenn man bedenkt, zu welchen fatalen historischen Folgen die Übernahme der Lukácsschen Position durch die leninistisch-stalinistische Bewegung beigetragen hat. Wir können an dieser Stelle natürlich nicht auf die historischen Ausgangstheorien oder ihre zeitgenössischen Varianten im einzelnen eingehen. Wir wollen statt dessen die These vertreten, daß sich die intuitive Grundidee, die hinter den Theorien einer interesseabhängigen Theorienwahl steht, trotz allem rational rekonstruieren läßt, und zwar gerade dann, wenn man sich auf die Einsichten bezieht, die im Kontext der Diskussionen in der

analytischen Wissenschaftstheorie über Probleme der Wissenschaftsgeschichte entstanden sind.

Zur Begründung unserer These wollen wir zunächst die Unterscheidung zwischen *innerwissenschaftlichen* und *außerwissenschaftlichen* Kriterien zur Entscheidung zwischen konkurrierenden Theorien diskutieren: Innerwissenschaftliche Kriterien wären etwa die Regeln der formalen Logik, mit denen man überprüft, ob die Schlußfolgerungen in einer Theorie zulässig sind, oder die Überprüfung der Prognosen einer Theorie auf ihre empirische Triftigkeit. Außerwissenschaftliche Kriterien wären z.B. der Grad, in dem die Anerkennung einer bestimmten Theorie die wissenschaftliche Reputation erhöht oder die Anzahl der Wissenschaftler, die diese Theorie für wahr halten.

Angesichts dieser intuitiven Unterscheidung zwischen inner- und außerwissenschaftlichen Kriterien lassen sich zwei alternative Positionen formulieren, die wir im folgenden beide verwerfen werden. Die erste entspricht ungefähr der Auffassung der meisten der Autoren, die sich in der Tradition des Marxismus und der Kritischen Theorie sehen; die zweite ist wohl in der analytischen Philosophie und Wissenschaftstheorie immer noch weit verbreitet:

1. Die Unterscheidung zwischen inner- und außerwissenschaftlichen Kriterien ist falsch. Gerade in den Sozialwissenschaften sind die scheinbar rein innerwissenschaftlichen Kriterien nicht wert- und interessenneutral und beruhen immer auf einem außerwissenschaftlichen Vorverständnis der Sozialwissenschaft. Deshalb soll man von vorneherein klar machen, daß die Entscheidung zwischen sozialwissenschaftlichen Theorien kein innerwissenschaftliches, sondern ein politisches Problem ist.
2. Die Entscheidung zwischen konkurrierenden sozialwissenschaftlichen Theorien soll sich nur an innerwissenschaftlichen Kriterien orientieren.

Entgegen der ersten Position sind wir der Meinung, daß es eine sinnvolle Unterscheidung zwischen inner- und außerwissenschaftlichen Kriterien gibt: es gibt *neutrale*, wenn auch nicht notwendig unveränderliche wissenschaftliche Kriterien, denen sich jede rationale Theoriebildung zum Zweck der Systematisierung eines Gegenstandsbereiches unterwerfen muß. Diese Auffassung läßt sich in dieser Allgemeinheit natürlich nur schwer beweisen, aber man kann hier zumindest auf einige Indikatoren hinweisen, die eine starke Stütze für sie bilden: (a) Es gibt bisher auch nicht einen nur im Ansatz überzeugenden Versuch, die wichtigsten Grundlagen für eine Explikation innerwissenschaftlicher Kriterien, nämlich Logik, Mengenlehre, Modelltheorie und rationale Entscheidungstheorie, einer Determination durch außerwissenschaftliche Interessen und Wertvorstellungen zu überführen. (b) Die Anwendung des wissenschaftstheoretischen Instrumentariums führt bei beliebigen sozialwissenschaftlichen Theorien zu fruchtbaren Ergebnissen und erlaubt eine Verbesserung und einen Ausbau dieser Theorien. Das gilt vor allem auch für die Theorien, zu deren Tradition es gehört, die Neutralität dieses wissenschaftstheoretischen Instrumentariums zu bezweifeln. (c) Für alle sozialwissenschaftlichen Theorien gilt, daß ihre Vertreter bei der Argumentation über das Für und Wider ihrer Theorien zumin-

dest implizit auf die Regeln Bezug nehmen, die durch die Wissenschaftstheorie formal präzise expliziert werden. (d) Den Vertretern von Position (1) ist es bisher nicht gelungen, eine überzeugende Alternative zu den herkömmlichen Kriterien der Überprüfung wissenschaftlicher Theorien zu formulieren.

Für die Einschätzungen (a) bis (d) gilt freilich, daß man auch sie nicht abstrakt in ihrer Richtigkeit beweisen kann, sondern man kann nur am konkreten Fall *zeigen*, daß sie adäquat sind.

Wenn wir also entgegen Position (1) eine Unterscheidung zwischen internen und externen Wissenschaftskriterien für möglich und eine Orientierung der Theoriebildung an den internen Kriterien für sinnvoll halten, dann stellt sich die Frage, ob man nicht gezwungen ist, Position (2) zu akzeptieren. Zur Beantwortung dieser Frage müssen wir uns zunächst die Situation des heutigen Sozialwissenschaftlers als eine Entscheidungssituation vergegenwärtigen, in der er gezwungen ist – möglichst rational – zwischen konkurrierenden Theorie-Alternativen zu wählen. Die Probleme dieser Entscheidungssituation wären selbst dann nicht trivial, wenn man die einschlägigen internen Wissenschaftskriterien nur anzuwenden brauchte, um zu sehen, welche Theorien nach diesen Kriterien die besseren sind. Die Entscheidung wird zusätzlich erschwert, dadurch daß innerwissenschaftliche Kriterien zwar *notwendig*, aber nicht *hinreichend* für eine rationale Entscheidung zwischen alternativen Theorien sind. Diese mangelnde Selektivität interner Kriterien läßt sich an unserem wissenschaftstheoretischen Modell klarmachen: Interne Kriterien ermöglichen zwar die Entscheidung, ob die empirische Aussage einer Theorie wahr oder falsch ist und ob sie logisch korrekt aus dem Theoriekern und den Zuordnungsregeln abgeleitet wurde; aber im Falle des Scheiterns dieser Theorie an den internen Kriterien kann man nicht entscheiden, ob die Theorie insgesamt zu verwerfen ist, denn es besteht ja immer die Möglichkeit, durch eine Neuinterpretation des Theoriekerns aufgrund variierender Zuordnungsregeln die Theorie potentiell zu einer Theorie mit explanativem Gehalt weiterzuentwickeln. Die Ausarbeitung einer Theorie muß sich also notwendigerweise an wissenschaftsinternen Kriterien orientieren; ihr vorläufiges Scheitern an diesen Kriterien kann aber allein kein hinreichender Grund für eine Aufgabe der gesamten Theorie sein.

Zu diesem allgemeinen kommt aber in der heutigen Sozialwissenschaft noch ein spezieller Grund, warum interne Wissenschaftskriterien keine ausreichende Grundlage für eine rationale Entscheidung zwischen konkurrierenden Theorien darstellen: Wissenschaftsinterne Kriterien setzen einen bestimmten Grad an Explikation der zu beurteilenden Theorien voraus, damit man sie überhaupt anwenden kann. Um beispielsweise beurteilen zu können, ob die Aussagen einer Theorie empirisch wahr sind, muß es möglich sein, die Theoreme aus dem Theoriekern mit der nötigen Eindeutigkeit abzuleiten. Genau das ist aber bei vielen sozialwissenschaftlichen Theorien nicht der Fall; sie sind wissenschaftshistorisch betrachtet in einer vorparadigmatischen Phase und haben oft nur eine deskriptive Adäquatheit erreicht. Die Anwendung wissenschaftsinterner Kriterien wird aber erst dann interessant, wenn über die explanative Adäquatheit und damit über die Erklärungskraft einer Theorie geurteilt werden soll.

Es lassen sich vier Fälle unterscheiden, bei denen wissenschaftsexterne Kriterien eine besondere Bedeutung haben:

1. Theorien können wissenschaftstheoretisch gesehen noch im Stadium des Entwurfs sein. Eine *Idee* ist konzipiert, aber noch nicht soweit ausgeführt, daß die Theorie einer folgenreichen empirischen Überprüfung unterzogen werden kann.
2. Theorien können als konkurrierende etwa gleich gut bestätigt sein, d.h. sie haben ihre Vorzüge (ihre zutreffenden Erklärungen und Prognosen) und ihre Nachteile (mehr oder minder gewagte Rettungskonstruktionen und Immunisierungen).
3. Eine Theorie kann zwar empirisch weniger fruchtbar sein als ihre Konkurrenz, aber es ist nicht absehbar, ob sich dies nicht in der Zukunft durch den Einbau einiger neuer Teile in die Theorie ändert. Diese Theorie kann darüber hinaus auf anderen Gebieten (z.B. Einfachheit) Vorzüge haben.
4. Theorien können gänzlich andere Erklärungsziele und Gegenstandsbereiche haben und somit jeweils in anderer Weise den internen Wissenschaftskriterien unterworfen sein und sich trotzdem ins Gehege kommen – wissenschaftspolitisch. Es ist eben kein triviales Entscheidungsproblem, ob man die psychoanalytischen Sozialisationstheorien oder den Marxismus institutionell fördern soll.

Im Zusammenhang mit diesen Beispielen sollte man sich klarmachen, daß es bei der Wahl zwischen sozialwissenschaftlichen Theorien entscheidungstheoretisch um eine Entscheidung unter Risiko geht, d.h. die Folgen der Entscheidung sind nicht mit Sicherheit, sondern nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit vorhersehbar. Der Sozialwissenschaftler kann über die Entwicklungschancen einer Theorie nicht mit Gewißheit urteilen; es ist ja sogar möglich, daß durch seine Entscheidung für eine bestimmte Theorie und seine Arbeit an ihr, diese Theorie wichtige Impulse erhält. Daraus folgt, daß es durchaus rational sein kann, sich für eine Theorie zu entscheiden, die nach internen Kriterien ihrer Konkurrenz deutlich unterlegen ist, wenn ihre Gewichtung nach wissenschaftsexternen Kriterien dieses Risiko wieder ausgleicht.

Wenn unsere These stimmt, daß im Gegensatz zu Position (2) wissenschaftsinterne Kriterien allein keine ausreichende Grundlage für eine rationale Entscheidung zwischen konkurrierenden sozialwissenschaftlichen Theorien darstellen, dann ist jeder Sozialwissenschaftler *gezwungen*, seine Wahl zwischen konkurrierenden Theorien nach wissenschaftsexternen Kriterien zu treffen – ob er seine Entscheidungskriterien nun explizit macht oder nicht. Von welcher Art sind nun diese externen Kriterien aufgrund derer eine solche Entscheidung gefällt wird oder gefällt werden sollte?

Um diese Frage zu beantworten, gehen wir davon aus, daß nicht-triviale sozialwissenschaftliche Theorien empirische Annahmen über realisierbare und nicht-realisierte gesellschaftliche Verhältnisse enthalten. So könnte man sich etwa vorstellen, daß eine sozialwissenschaftliche „Systemtheorie“ ökonomische Effizienz und demokratische Partizipation als einander ausschließend betrachtet, während „Demokratiethorien“ sogar ein wechselseitiges Bedingungsverhältnis konstatieren. Durch diese Eigenschaft können sozialwissenschaftliche Theorien anhand von externen

Kriterien beurteilt werden, für die es in dieser Art keine Analogie in den Naturwissenschaften gibt: Man kann sie im Hinblick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse bewerten, die sie aufgrund ihrer theoretischen Annahmen für realisierbar halten. Das ermöglicht eine rationale Entscheidung zwischen konkurrierenden Theorien, die sich auf die Interessen und Werte des Sozialwissenschaftlers stützt. Denn unter den gegebenen Voraussetzungen ist es für einen Sozialwissenschaftler rational, sich für eine Übernahme und Weiterentwicklung derjenigen Theorie zu entscheiden, die einen gesellschaftlichen Zustand für realisierbar hält, den er nach seinen normativen Überzeugungen einem Zustand vorzieht, der im Zusammenhang mit einer konkurrierenden Theorie als realisierbar gilt. Einfacher ausgedrückt: Es ist rational, sich für diejenige sozialwissenschaftliche Theorie zu entscheiden, deren soziale Utopie wünschenswert ist.

Wenn unsere Überlegungen richtig sind, dann ist die mangelnde Übereinstimmung in der sozialwissenschaftlichen Forschergemeinschaft weder auf das relativ frühe Entwicklungsstadium der Sozialwissenschaften zurückführbar noch auf eine möglicherweise größere Irrationalität der Sozialwissenschaften im Vergleich mit anderen Disziplinen, sondern auf eine mangelnde Übereinstimmung der Sozialwissenschaftler im Hinblick auf die entscheidungsrelevanten wissenschaftsexternen Kriterien. Da diese externen Kriterien durch Interessen und normative Überzeugungen bestimmt werden, braucht dieser Dissens nicht zu verwundern. Er ist Ausdruck der Tatsache, daß unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen eben keine Harmonie zwischen den Interessen der verschiedenen sozialen Gruppen und kein Konsens über wichtige soziale Werte und Normen besteht. Die methodologische Frage nach hinreichenden Kriterien für die Entscheidung zwischen sozialwissenschaftlichen Theorien löst sich so in die ethische Frage nach legitimen Interessen und begründeten normativen Überzeugungen auf: Eine Theorie der gerechten Gesellschaft ist demnach nicht nur Resultat der sozialwissenschaftlichen Theoriebildung, sondern selber Grundlage für eine Wahl zwischen sozialwissenschaftlichen Theorien.

Zusammenfassend läßt sich folgern, daß unter Voraussetzung unserer Annahmen sich die Idee einer interessegeleiteten Theorienwahl in den Sozialwissenschaften rekonstruieren läßt, ohne daß man das Prinzip einer internen wissenschaftlichen Rationalität, das in der Tat unverzichtbar ist, leugnen müßte. Die Lukácssche Rede vom „Standpunkt des Proletariats“ würde dann nichts anderes bedeuten, als daß der kritische Sozialwissenschaftler seine rationale Entscheidung für eine bestimmte sozialwissenschaftliche Theorie unter Zugrundelegung der Interessenlage einer bestimmten sozialen Klasse trifft. Mit dieser Wahl kann er dann allerdings keinen überlegenen Wahrheitsanspruch reklamieren; im Gegenteil: unsere Thesen zeigen gerade, daß zwei verschiedene Entscheidungen angesichts konkurrierender sozialwissenschaftlicher Forschungsprogramme durchaus beide rational sein können – wenn man nur verschiedene Interessen und Werte zugrundelegt. Irrationalität oder Nichtbeachtung der „wahren“ Theorie ist also oft der falsche Vorwurf gegen den Kontrahenten im sozialwissenschaftlichen Theorienstreit.